

Beschluss des Landrats vom 17.11.2022

Nr. 1822

22. Island-Modell: Alkohol- und Drogenmissbrauch bei Jugendlichen 2021/678; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Peter Brodbeck (SVP) zitiert aus dem Postulat: «Vor 20 Jahren gehörten die isländischen Teenager zu den trinkfreudigsten in ganz Europa, heute sind es die 'Cleansten'.» Es geht im Postulat also um etwas, das über einen Zeitraum von 20 Jahren erreicht wurde, und der Kanton Basel-Landschaft soll eine ähnliche Strategie wählen. Was vor 20 Jahren in Island war, kann nicht mit der aktuellen Situation im Baselbiet verglichen werden. Der Kanton ist diesbezüglich sehr gut aufgestellt. Vor allem die dem Amt für Gesundheit angehörige und von Irène Renz geleitete Gesundheitsförderung Baselland leistet in diesem Bereich sehr viel. Dort finden sich viele Hinweise auf Programme zur Sucht- oder Tabakprävention. Auch im trinationalen Raum setzt man sich stark mit dieser Thematik auseinander. Mit dem Postulat wird suggeriert, dass die für Island erfolgreiche Strategie übernommen werden sollte, ohne zu berücksichtigen, dass in Island vor 20 Jahren eine andere Ausgangslage vorherrschte. Die Strategie mag in Island erfolgreich gewesen sein, Basel-Landschaft ist es in diesem Bereich bereits heute. Allen Anwesenden wird geraten, die Homepage der Gesundheitsförderung zu besuchen. Dort kann man einen Selbstcheck absolvieren. Das Ergebnis bei Peter Brodbeck war: Du scheinst dich zurzeit wohl zu fühlen. Was kannst du tun, damit das so bleibt? Der Kanton attestiert Peter Brodbeck also, dass es ihm gut gehe und weist ihn zudem darauf hin, dass etwas getan werden muss, damit dies auch so bleibt. Dies nur als kleines Beispiel all der Dinge, die sich bereits auf der Homepage finden lassen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, es brauche bei diesem Thema nicht noch mehr, und lehnt das Postulat deshalb ab.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, auch bei der FDP-Fraktion stosse das Postulat nicht auf Gegenliebe. Es wird nicht in Frage gestellt, dass Alkohol- und Drogenmissbrauch bei Jugendlichen bekämpft werden soll. Der Inhalt des Postulats und das Island-Modell sind der Stein des Anstosses. Das Island-Modell besteht aus einem Freizeitgutschein, Forschung und entsprechender Politik. Dieses habe bewirkt, dass in Island der Alkohol- und Drogenmissbrauch gesunken ist. Zuallererst wäre zu prüfen, ob während dieser Zeit nicht auch andere Faktoren eine Rolle bei der Verminderung dieser Probleme gespielt haben. Weiter ist zu sagen, dass Freizeitgutscheine angesichts des Angebots und der Zugänglichkeit zu Möglichkeiten in der Region nutzlos erscheinen. Es gibt genügend Vereine und Möglichkeiten, wofür sich die Jugendlichen engagieren können. «Forschung» hört sich sehr gut an, bei genauerem Hinsehen stellt sich aber heraus, dass damit lediglich eine Umfrage gemeint ist. Von «Forschung» kann dabei nicht unbedingt gesprochen werden. Die FDP-Fraktion vertraut darauf, dass die bestehenden Institutionen in den verschiedenen Direktionen näher an dieser Thematik dran sind und dass von dort auch Massnahmen über Vorlagen zuhänden Landrat vorgeschlagen. Die Prüfung einer Island-Modell-Strategie erachtet die FDP-Fraktion als nicht zielführend, weshalb sie die Überweisung des Postulats nicht unterstützt.

Irene Wolf-Gasser (EVP) war von dem Moment an vom Island-Modell überzeugt, als sie das erste Mal davon gehört hatte. – aber nicht, weil es im Kanton Basel-Landschaft keine Prävention geben oder nichts getan würde. Die Devise muss aber sein: Prävention ist billiger und besser als spätere Therapie. Hier geht es um Alkoholprobleme bei Jugendlichen, was noch immer ein Problem ist. Die Freizeitgutscheine sind nicht da, weil es keine Vereine gibt. Es gibt genügend Freizeitbeschäft-

tigungen. All dies kostet jedoch. Es geht mit den Gutscheinen nicht um den finanziellen Aspekt, denn der Alkohol muss ja auch finanziert werden. Diese Menschen haben aber oftmals keine Vorbilder und stammen vielleicht aus einem Umfeld, in dem keine Hobbys oder Sport ausgeübt wird, sondern nur getrunken und herumgehungen wird. Kommen diese Personen in ein anderes Umfeld, stellen sie fest, dass es auch noch andere Inhalte im Leben gibt. Die Gutscheine müssen nicht hoch sein, normalerweise sind die Vereinsbeiträge ja auch nicht sehr hoch. Es handelt sich um ein Zückerchen, das beantragt werden kann, womit eine Veränderung herbeigeführt werden kann. Das wird den Kanton nicht Tausende von Franken kosten oder übermässig in Anspruch genommen werden. Aber für diejenigen, die dies tun, kann es zu einer Veränderung ihrer Lebensführung beitragen. Es handelt sich um ein Experiment.

20 Jahre sind eine lange Zeit, damit ist Irene Wolf mit Peter Brodbeck einer Meinung. Auf der anderen Seite kann man auch argumentieren, dass es sich beim Island-Modell nicht um einen Schnellschuss, sondern eine langfristige Entwicklung handelt. Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung auch im Baselbiet langfristig werden könnte.

Dem Regierungsrat wird für die Bereitschaft gedankt, das Postulat entgegenzunehmen. Damit ist noch nichts in Stein gemeisselt. Die Regierung kann zum Schluss kommen, dass die bisherigen Angebote ausreichen und dass Gutscheine nicht zielführend sind, aber der Landrat sollte ihr zumindest die Prüfung ermöglichen.

Florian Spiegel (SVP) schätzt Irene Wolf als Landrätin und Mitglied der von ihm präsidierten GPK sehr. Als er gesehen hat, dass dieser Vorstoss traktandiert wurde, hat er seine Wanderferien abgesagt und flog für 10 Tage nach Island. *[Heiterkeit]* Auf seiner Rundreise befasste sich Florian Spiegel mit dieser Thematik eingehend. Was Irene Wolf gesagt hat, stimmt alles. Weggelassen wurden aber weitere Kernelemente. Abgesehen von den drei genannten Instrumenten, war der entscheidende Punkt, dass die Isländer damals auch eingeführt haben, dass alle Kinder unter 16 Jahren ab 22 Uhr zuhause sein müssen. Wer danach aufgefunden wird, werde «sanft nach Hause begleitet». In allen Ortschaften gibt es Elternpatrouillen, die sich dieser Aufgabe annehmen. Weiter gibt es Eltern- und Kinderverträge, die in den Schulen zwar freiwillig unterschrieben werden können, danach aber verbindlich sind. So gibt es in Island praktisch keine Partys ohne Aufsichtspersonen. Drittens darf nicht vergessen werden, dass Alkohol in Island nicht frei verfügbar ist, sondern der Staat ein Konstrukt erstellt hat, wo dieser bezogen werden kann. Bei Wodka beträgt der Steueraufschlag 96 %, was dazu führt, dass einige Produkte bis zu sechs Mal so teuer sind wie bei uns. Betrachtet man diese zusätzlichen Punkte, ist nachvollziehbar, dass all dies eine Wirkung erzielt. Lässt man aber diese jetzt erwähnten zusätzlichen Aspekte weg, bezweifelt die SVP-Fraktion, dass dieselbe Wirkung erzielt werden kann. Zielführender wäre ein Vorstoss gewesen, der den Aspekt der Elternaufsicht beinhaltet hätte. Allerdings hätte dies wohl zu einer ganz heissen, gesellschaftspolitischen Diskussion geführt. Dennoch vielen Dank für den Vorstoss – dadurch kam der Redner endlich einmal nach Island. Allerdings können er und die SVP-Fraktion ihn dennoch nicht unterstützen.

Simone Abt (SP) lobt Florian Spiegel für dessen oratorisches Wunderwerk. Sie hat sich amüsiert. Aber zurück zum Vorstoss. Es handelt sich um ein Postulat. Man kann nicht allgemeiner formulieren als «Ich bitte die Regierung zu prüfen, ob in unserem Kanton eine ähnliche Strategie ebenfalls zielführend sein könnte». Was macht dann die Regierung, die übrigens bereit ist, den Vorstoss entgegenzunehmen? Sie nimmt das Island-Modell, sieht die von Florian Spiegel erwähnten weiteren Punkte, prüft, was möglicherweise und unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Unterscheide zwischen Island und der Schweiz (lange Nächte und Inselstaat) umsetzbar sein könnte. Es handelt sich um einen Massnahmenkatalog, wovon einige passen und andere nicht. Inspiriert wurde Irene Wolf durch das Island-Modell. Das heisst aber nicht, dass dieselben Massnahmen

genau so umgesetzt werden müssen. Das wäre eine Motion. Die SP-Fraktion ist damit einverstanden, das Anliegen zu prüfen und darüber zu berichten.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) tut kund, dass sich die Mitte/glp-Fraktion einen Fraktionsausflug nach Island überlege, um die Aussagen von Florian Spiegel überprüfen zu können. *[Heiterkeit]* Die Mitte/glp-Fraktion ist gespalten: Ein Teil der Fraktion ist der Ansicht, es werde bereits viel Präventionsarbeit geleistet. Vor nicht allzu langer Zeit war das Thema Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen Thema im Landrat. In vielen Gemeinden gibt es Jugendsozialarbeit und in gewissen Gemeinden sind auch Freizeitaktivitäten gratis, wie beispielsweise «Midnight Sports» in Reinach. Es wird also viel getan. Der andere Teil der Fraktion ist der Meinung, eine Prüfung sei immer sinnvoll, und wird deshalb die Überweisung unterstützen.

Irene Wolf-Gasser (EVP) schätzt Florian Spiegel und seine tolle Arbeit als GPK-Präsident ebenfalls. Natürlich waren Irene Wolf auch die anderen Aspekte bekannt. In der Fraktion wurde über den Sinn der Elternaufsicht diskutiert. Auch der Postulantin ist dies nicht ganz geheuer. Als Teenager hätte sie es auch nicht gemocht, wären an jeder Party Eltern gewesen. Dieser Punkt wurde sehr bewusst weggelassen und wird auch nicht als matchentscheidend erachtet.

Balz Stückelberger (FDP) dankt für diese Debatte. Diese bestärkt die FDP-Fraktion in ihrer Haltung, das Postulat sei unnötig. Es wurde nun bereits geprüft und berichtet. Es wurde festgestellt, dass Island eine Insel ist – das und auch, dass dort möglicherweise eine andere Siedlungsstruktur vorherrscht, muss die Regierung nicht auch noch überprüfen. Von kompetenter Seite wurde ausgeführt, dass das Programm noch mehr umfasst, als es im Vorstoss dargestellt wurde. Auch das muss die Regierung nicht auch nochmals googeln und dem Landrat das Ergebnis in Form eines Berichts übermitteln. Insofern könnte das Postulat auch überwiesen und direkt abgeschrieben werden. Das Postulat ist nun obsolet.

Sven Inäbnit (FDP) richtet sich an Simone Abt und bestätigt, dass selbstverständlich immer alles geprüft werden könne. Allerdings stecken hinter Prüfungen auch Ressourcen. Es wäre besser, es würden neue Dinge geprüft. Die Präventionsmassnahmen im Kanton sind vorhanden und die Direktion wird laufend den Ist-Zustand analysieren und Anpassungen prüfen. Ressourcen darauf zu verwenden, dasselbe zu hören, wie in dieser Debatte gesagt wurde, ist einfach schade. Vorstösse, die die Prüfung neuer Aspekte verlangen, unterstützt Sven Inäbnit sehr gerne.

Simone Abt (SP) fasst sich kurz: Wenn der Regierungsrat bereit ist, den Vorstoss entgegenzunehmen, tendiert sie dazu, ihr zu vertrauen, sofern sie mit der grundsätzlichen Stossrichtung eines Vorstosses einverstanden ist. Die Regierung erkennt offenbar Potential und empfiehlt die Entgegennahme sicherlich nicht nur aufgrund der schönen Augen von Irene Wolf. Das Postulat soll überwiesen werden.

Marc Schinzel (FDP) juckte es auch im Finger, weshalb er sich zu Wort melden musste. Das Anliegen ist erkannt. Es wurde nun aber in extenso diskutiert und fachmännisch in Form der Vorortstudie von Florian Spiegel geprüft.

Die Freizeitgutscheine sind gut gemeint, kommen aber paternalistisch und bevormundend daher. Was weiss man denn über die Clubs oder deren Umfeld? Wird dort Alkohol ausgeschenkt? So ganz ausgegoren ist die Idee auch nicht. Es würde Geld ausgegeben, ohne zu wissen, was damit geschieht. Irene Wolf weiss gar nicht, was dies für Konsequenzen haben könnte. Findige, liberale Jugendliche würden einen Gutscheinhandel aufziehen, wodurch sie Geld zur freien Verfügung hätten, was für Irene Wolf auch nicht ideal wäre. Die Absicht ist gut, aber der Vorstoss überzeugt nicht.

://: Mit 49:28 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.
